

# SCHWERPUNKT

## UNFAIRE ERNTE

Geballte Kraft demonstrieren die Agrarbürokraten hierzulande und die Agrarkonzerne weltweit, wenn es darum geht, ihre reiche Ernte in die Gewinn- oder Wählerscheune einzufahren. Gerollt fühlen sich KleinbäuerInnen und KonsumentInnen bei uns sowie die Millionen von Menschen auf der Südhalbkugel unserer Erde, die von der Landwirtschaft leben müssen und die Opfer der einseitigen, globalen Intensivlandwirtschaft sind, die oft gar im „Öko-Bio“-Gewand daherkommt.



**ERNTE  
HUNGER**  
Seite 14

Bevölkerungszuwachs, Landnutzungskonflikte, ökologische Belastungen. Agrarboden wird immer begehrt. Jetzt ist Erntezeit in der Landwirtschaft. Für wen? **Iris Strutzmann analysiert die globale Situation und wem Erträge und Förderungen wirklich zugute kommen.**



**ERNTE  
TANK**  
Seite 18

Im Transportbereich setzt die EU weiter auf die Beimischung von Agrartreibstoffen. **Melanie Pichler schildert die immer deutlicher werdenden sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Politik – speziell auf die Länder des Südens unserer Erde.**



**HUNGER  
ERNTE**  
Seite 21

Wenn trotz reicher Ernte für die Betroffenen oft Armut und Hunger überbleibt, dann ist mit der globalen Landwirtschaft etwas nicht in Ordnung. **Alexandra Strickner zeichnet die Konturen einer gerechteren weltweiten Agrarwirtschaft und Welt handelsordnung.**



# ERNTE – UNGERECHT VERTEILT

→ Herbstzeit, Erntezeit, Zeit der Fülle in der Landwirtschaft? Vor allem für Spekulanten und Großgrundbesitzer. Spekulation treibt die Preise wieder einmal in die Höhe. Wetterkapriolen senken die Ernten und lassen die Preise zusätzlich steigen. Weltweit wird zunehmend mehr Land zur Erzeugung von Agrartreibstoffen verwendet, Land zur Nahrungsmittelproduktion verknappt. Der Klimawandel tut sein Übriges. Die EU-Agrar- und Handelspolitik agiert wie eh und je – im Notfall werden Exportsubventionen wieder aktiviert. Die hohen Förderungen für Konzerne und Großgrundbesitzer sind Dank der EU-Agrarpolitik gesichert – zumindest bis 2013. Und dann?

VON IRIS STRUTZMANN\*

**D**ie verheerenden Brände in Russland haben nicht nur im Land selbst, sondern auch weltweit ihre Spuren hinterlassen. Die Brände vernichteten u. a. beträchtliche Mengen der Weizenenernte. Die Politik verhängte daraufhin ein Exportverbot, um die Versorgung im eigenen Land zu gewährleisten. Da auch in anderen Ländern Europas die Weizenenernte aufgrund der

Wetterkapriolen nicht besonders gut ist, ziehen die Preise für Weizen wieder an. Aber auch die Preise für afrikanische Kakaobohnen stiegen exorbitant. Hierfür war vielmehr ein Londoner Hedgefond verantwortlich, der sieben Prozent der weltweiten Kakaobohnen aufkaufte. Bereits bei den exorbitanten und ungewöhnlichen Preissteigerungen bei Lebensmitteln 2007 und 2008 wurden

von internationalen Organisationen wie der FAO, OECD und Weltbank Missernten, Spekulationen auf agrarische Rohstoffe und der vermehrte Verbrauch von Getreide usw. zu Erzeugung von Agrartreibstoffen als Ursachen angeführt. Auch die Europäische Kommission kommt in ihren Analysen zu ähnlichen Schlüssen.

Nebst durch Spekulationen und Agrarkraftstoffe verursachte Preissteigerungen, Klimawandel und den daraus resultierenden verheerenden Folgen kämpfen die Länder des Südens aber auch noch immer mit den Auswirkungen der EU-Agrarpolitik in ihren Ländern. Die Europäische Union ist weltweit einer der größten Exporteure von Agrarprodukten. Daher wirkt sich die Politik im Agrarbereich nicht nur auf Europa, sondern auch global aus.

## EU-EXPORTSUBVENTIONEN

Die Agrar- und Handelspolitik der Europäischen Union hatte in der Vergangenheit oft verheerende Folgen für die Länder des Südens, wie die Beispiele von Schweine-, Hühnerfleisch- sowie Milchprodukt-Exporten zeigten. Die Länder des Südens wurden oftmals gezwungen, ihre Einfuhrzölle zu senken und gleichzeitig ihre eigenen Märkte

weiter auf Seite 16 →



### ZUSAMMENFASSUNG:

Durch die zunehmende Weltbevölkerung, weltweite Landnutzungskonflikte und ökologische Belastungen wird auch Agrarboden immer mehr zu einem knappen Gut und rückt somit immer stärker ins Blickfeld ökonomischer Interessen. Investoren sichern sich Land in Afrika und Asien. Über Agrarförderungen wird die europäische Landwirtschaft geschützt – Profiteure sind vor allem Großgrundbesitzer und Konzerne. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft gerät immer mehr unter die Räder. Zeit für eine Veränderung.

\* DI Iris Strutzmann hat Landwirtschaft studiert und ist Mitarbeiterin in der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

### Weltweit ...

... hungern 950 Millionen Menschen und mehr als 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sicherem Wasser – sie sind damit in ihrem täglichen Überleben bedroht! [www.fao.org](http://www.fao.org)



### Weltbank

Nach Angaben der Weltbank wurden bisher weltweit 45 Millionen Hektar Land von ausländischen Investoren aufgekauft. [http://siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW\\_Sept7\\_final\\_final.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW_Sept7_final_final.pdf)



## AGRARFÖRDERUNGEN

# UNGERECHT UND WENIG ÖKOLOGISCH

Im Jahr 2009 wurden an den Landwirtschaftssektor in Österreich 2,3 Milliarden Euro Förderungen ausbezahlt. Seitens der Landwirtschaftslobby wird gerne argumentiert, dass die Agrarförderungen ja vor allem auch den kleinen - insbesondere den Bergbauernbetrieben zu gute kommen - außerdem der Umwelt und dem ländlichen Raum insgesamt.

In Österreich löste nun das Buch „Schwarzbuch Landwirtschaft“ die Diskussion um die Verteilung von Agrarfördergeldern neu aus. Der Autor Hans Weiss zeigt auf, dass die großen Teile der Subventionen Konzerne, Großgrundbesitzer und Kammerfunktionäre erhalten. Diese Agrarförderungen halten sich deshalb so gut, weil hochrangige Landwirtschaftslobbyisten Nutznießer des derzeitigen Systems sind und ihre Privilegien in Verhandlung mit der EU auch weiterhin behalten wollen: Bestehende Privilegien sollen nicht angetastet werden.

Insgesamt ist das derzeitige Fördersystem ungerecht. Industrie- und Gutsbetriebe werden am meisten gefördert. Auch 2009 führte der Fruchtsafthersteller Rauch die Liste der höchsten Förderempfänger an, wie auf der Transparenzdatenbank nachzulesen ist: [www.transparenzdatenbank.at](http://www.transparenzdatenbank.at). Rauch erhält finanzielle Unterstützung zum Ausgleich dafür, dass er teuren europäischen Zucker zur Produktion von Fruchtsaft verwendet.

Das aktuelle System fördert besonders die großen Betriebe und benachteiligt die kleinen: Im Durchschnitt erhalten zwei Prozent der Betriebe 75.741 Euro im Jahr, das sind zehn Prozent der gesamten Fördermittel. 37 Prozent der Betriebe bekommen im Durchschnitt 2.112 Euro im Jahr.

Und die Umwelt? Jährlich werden rund 540 Millionen Euro für Umweltförderungen in der Landwirtschaft

aufgewendet. Trotzdem kämpft das Grundwasser in den intensiv landwirtschaftlich genutzten Ackergebieten mit gravierenden Nitrat- und Pestizidproblemen. Evaluierungen, die gezielt die jeweilige Umweltfördermaßnahme für künftige Verbesserungen bewerten, gibt es nicht. Dadurch können Maßnahmen auch nicht verbessert werden - das Gießkannenprinzip bleibt bis zu einem gewissen Grade aufrecht. Positiv ist, dass mittlerweile 18,5 Prozent der Agrarflächen biologisch bewirtschaftet werden - ein Erfolg der intensiven Förderungen.

**Agrarförderung 2009 in Millionen Euro**

Agrarförderung 2009 in Millionen Euro	
<b>Industriebetriebe</b>	
Rauch Fruchtsaft GmbH	7,2
Vereinigung der Rübenbauern	3,4
Agrana Zucker GmbH	3,4
Genuss Regionen Marketing	3,2
Obst Partner Steiermark GmbH	2,4
Ländliches Fortbildungsinstitut Steiermark	2,0
<b>Gutsbetriebe</b>	
Stiftung Fürst Liechtenstein	1,5
Gut Hardegg	1,0
Stift Heiligenkreuz	0,6
Metternich-Sandor	0,6
Ratzenböck Karl, Apetlon	0,5

## ” DIE AGRAR- UND HANDELSPOLITIK DER EU WIRKTE SICH IN DER VERGANGENHEIT OFT VERHEEREND FÜR DIE LÄNDER DES SÜDENS AUS.

für EU-Importe zu öffnen. Dadurch konnten diese Produktionen nicht mit den gestützten Produkten Europas konkurrieren.

So wurden beispielsweise von Jänner bis November 2009 die von der Europäischen Union bereits 2007 aufgehobenen Exportsubvention für Milchprodukte wieder eingeführt. Vorangegangen war dieser eine einjährige Diskussion der europäischen Agrarvertreter mit der Europäischen Kommission. Das Sinken der Milchpreise erregte die Bauern und deren Vertreter und sie forderten die Wiedereinführung von Exportsubventionen. Damit wurde die in Europa teuer produzierte Milch wieder mit Subventionen billig auf Märkten außerhalb der EU verkauft – insbesondere in Afrika und Bangladesch. Bezahlt wird dies aus europäischen Steuergeldern, Profiteure waren vor allem die europäischen Molkereien. Die in den afrikani-

schen Staaten oder Bangladesch produzierte Milch konnte nicht mehr am Markt verkauft werden – ist sie doch teurer, als die mit EU-Fördergeldern gestützte Milch.

Gleichzeitig gab es einen großen Aufschrei der Landwirtschaftsminister, nachdem die EU die bilateralen Verhandlungen mit dem gemeinsamen Markt in Südamerika (Mercosur-Länder) im Frühjahr 2010 wieder aufgenommen hatte, die 2004 auf Eis gelegt wurden. Groß ist die Sorge von den Agrarvertretern, dass z. B. billigeres Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügel, Getreide oder Zucker die europäischen Märkte erobern könnten. In einem offenen Brief an die EU-Kommission warnte der irische Präsident des europäischen Bauernverbandes Copa, Pdraig Walshe, eindringlich vor einer Öffnung der Agrarmärkte für die Südamerikaner. Er kritisiert u. a. auch, dass „bei

Importen aus diesen Ländern mit ihren höchst zweifelhaften Arbeitsbedingungen nicht ähnlich hohe Standards der Lebensmittelsicherheit, des Tierschutzes und des Umweltschutzes einzuhalten sind wie sie für die EU-Landwirte gelten“. So sind denn auch in bilateralen Verhandlungen vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse immer wieder Produkte des sensiblen Bereiches. Es gilt schließlich die europäische Landwirtschaft zu schützen und zu erhalten.

### EU-AGRARPOLITIK AM PRÜFSTAND

Kritik an der EU-Agrarpolitik gibt es nicht nur von Seiten der Entwicklungspolitik. Die OECD kritisiert seit Jahren die Landwirtschaftsförderungen der EU, USA und anderer Industrieländer. Zum einen sind diese Förderungen insbesondere gegenüber den Ländern des Südens ein erheblicher Wettbewerbsvorteil. Zum anderen werden damit aber auch die Weltmarktpreise künstlich niedrig gehalten, da die Produkte billiger angeboten werden – Bauern und Bäuerinnen werden über Subventionen entschädigt.

Jährlich fließen rund 55 Milliarden Euro in den Agrarsektor – fast die Hälfte des EU-Budgets. Insbesondere in Anbetracht der schwierigsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren und den damit einhergehenden Budgetkonsolidierungen stehen auch die hohen Agrarausgaben zur

Diskussion. Die Bevölkerung erwartet, dass nach 2013 viel weniger Geld für diesen Sektor aufgewendet wird, – und wenn, dann für Umweltleistungen und andere „public goods“. Derzeit werden rund 75 Prozent aller Fördermittel als Produktionsförderung in Form von Direktzahlungen ausbezahlt. Diese Direktzahlungen könnten auch als „Mindesteinkommen der etwas anderen Art“ bezeichnet werden. Je größer der Besitzstand, umso höher die Förderungen: Deshalb beziehen ein Fünftel der EmpfängerInnen vier Fünftel aller Direktzahlungen – zwölf Prozent der Bauern und Bäuerinnen unter 5.000 Euro im Jahr.

Aber geht es der europäischen Landwirtschaft trotz der jahrelangen Förderung eigentlich gut? Trotz immenser Förderungen ist die Zahl der wirtschaftenden Bauern und

### HINTERGRUND

## LAND GRABBING – LANDNAHME

Unter „land grabbing“ wird der großflächige Kauf oder die Pacht von Agrarflächen durch staatliche Akteure und private Investoren, sowohl aus Industrie- als auch aus Schwellenländern, durch ausländische Direktinvestitionen verstanden. Neben Asien sind insbesondere auch afrikanische Länder von großflächigen Landverkäufen und Landverpachtungen betroffen: Angola, Äthiopien, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mozambique, Sambia, (Süd-)Sudan und Tansania. Diese Länder sind überwiegend Nahrungsmittelimporteure, die ländliche Armut und Nahrungsunsicherheit ist hoch. Das englische Unternehmen Sun Biofuels hat Land in Äthiopien

(80.000 Hektar), Tansania (8.000 Hektar) und Mozambique (5.000 Hektar) erworben, um Jatropha (öhlhaltige, strauchartige Wildpflanze) zur Erzeugung von Agrotreibstoff anzubauen; die CAMS Gruppe mit Sitz in England hat 45.000 Hektar in Tansania angekauft, um den Agrokraftstoff Ethanol aus Süßsorghum (Hirsesorte) zu gewinnen.

QUELLE: STUDIE VON FRIENDS OF THE EARTH EUROPE: AFRIKA: FÜR JEDERMANN ZU HABEN. AUSMAß UND AUSWIRKUNGEN VON LANDNAHME FÜR AGROTREIBSTOFFE, BRÜSSEL 2010. WWW.FOEEUROPE.ORG



### Artenarmut

Die Landwirtschaftsorganisation FAO der UNO schätzt, dass seit Anfang des 20. Jahrhunderts weltweit 75 Prozent der landwirtschaftlichen Artenvielfalt verloren gegangen ist. [www.fao.org](http://www.fao.org)

### Förder-Transparenz

Die EU-geförderten Agrarförderungen müssen jährlich veröffentlicht werden. In Österreich zu finden unter: [www.transparenzdatenbank.at](http://www.transparenzdatenbank.at) und europaweit zu finden unter: [www.farmssubsidy.org](http://www.farmssubsidy.org)

### EU-Agrarförderungen

Die Europäische Kommission veröffentlicht alljährlich einen Bericht zur Verteilung der Direktzahlungen: [http://ec.europa.eu/agriculture/funding/directaid/distribution\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/funding/directaid/distribution_en.htm)



**Trotz global  
reicher Ernte:  
Landnahme, Armut  
und Not.**

Bäuerinnen in den letzten 25 Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Die Beschäftigung im Landwirtschaftssektor ist EU-weit zwischen 2000 und 2009 um 25 Prozent (3,7 Millionen Vollzeitäquivalente) gefallen. Zugleich arbeiten in Europa geschätzte vier Millionen SaisonarbeiterInnen unter prekären, oft menschenunwürdigen Bedingungen. Trotz rückläufigem Trend bei der Verunreinigung von Nitrat im Grundwasser sind noch immer 50 Prozent des gesamten Stickstoffeintrages von der Landwirtschaft verursacht; auch Pestizide im Grundwasser sind noch immer nachzuweisen. Beim Verlust der Artenvielfalt gibt es kaum Verbesserungen: insbesondere durch die Erzeugung von Agrartreibstoffen gerät diese zukünftig noch stärker unter Druck. Und auch der Klimawandel, der die Landwirtschaft erheblich beeinflusst, wird von der Intensivlandwirtschaft beträchtlich mit verursacht. Positiv ist der Anstieg der biologischen Landwirtschaft, insbesondere in Österreich. Gleichzeitig klagen aber die Bauern und Bäuerinnen über viel zu geringe Produktpreise, zu viel Bürokratie und zu wenig Einkommen. Es ist also höchste Zeit für eine ra-

dikale Reform. Dafür gibt es jetzt ein gutes Zeitfenster. Denn ab 2014 gibt es ein neues EU-Budget das bis 2020 gelten soll. Auch die EU-Agrarpolitik kann radikal geändert werden, wenn der politische Wille groß genug ist. Aber nicht nur Agrarsubventionen belasten die Menschen in den Ländern des Südens und ihre Ernten, sondern auch eine neue Form der Landnahme.

#### **NEUE KOLONIALISIERUNG**

Durch die zunehmende Weltbevölkerung, weltweite Landnutzungskonflikte und ökologische Belastungen wird auch landwirtschaftlicher Boden immer mehr zu einem knappen Gut und rückt somit immer stärker ins Blickfeld ökonomischer Interessen. Bekannt wurden die Landverkäufe durch das Beispiel in Madagaskar im Jahr 2008. Der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics sicherte sich für 99 Jahre 1,3 Millionen Hektar – also die Hälfte des fruchtbaren Bodens in Madagaskar! Nach Protesten der Bevölkerung wurde dieser Vertrag wieder aufgelöst. Mittlerweile beteiligen sich auch europäische Firmen rege an dieser Form des Kolonialismus, genannt „land

grabbing“. Es werden Flächen zur Erzeugung von Agrarkraftstoffen benötigt: zur Erfüllung der EU-Ziele und natürlich, um Geschäfte zu machen.

Eine Studie der Weltbank spricht von weltweit 45 Millionen Hektar Land, die von ausländischen Investoren aufgekauft wurden – 70 Prozent davon in Afrika. Interessenten dieser Landkäufe sind einerseits Investoren aus Industrieländern, die Agrarflächen für den Anbau von Energiepflanzen erwerben und andererseits asiatische Staaten wie China sowie arabische Länder, die Land zum Anbau von Nahrungsmitteln zur Versorgung der wachsenden Bevölkerung brauchen. Aber auch die Sicherung von Wassernutzungsrechten ist ein Grund für diese Landkäufe. Anleger und Spekulanten zeigen zunehmend Interesse, da sich Boden auch als Anlage- und Spekulationsobjekt sehr gut eignet.

Insgesamt also keine beruhigenden Aussichten für die Welternährung, zumal sich die zunehmende Nutzung von Feldfrüchten zur Agrartreibstoffproduktion als einer der Gründe des Preisanstiegs für Nahrungsmittel erwiesen hat. ■

#### **Preissteigerungen**

Im „Agricultural Outlook 2010“ von OECD und FAO werden Preissteigerungen bei Weizen, Grobgetreide, Ölsaaten und Zucker von 15 bis 45 Prozent in den nächsten Jahren prognostiziert. [www.oecd.org](http://www.oecd.org)



#### **Grüner Bericht**

Zahlen und Fakten zur österreichischen Landwirtschaft (Förderungen, Verteilung von Agrargeldern, Wirtschaftsleistung, etc.) werden jährlich im Herbst im Grünen Bericht veröffentlicht. [www.gruenerbericht.at](http://www.gruenerbericht.at)

# ESSEN TANKEN?

→ Seit der Jahrtausendwende werden Agrartreibstoffe vielfach als Ausweg und Patentlösung für die Umwelt-, Energie- und Landwirtschaftskrise gehandelt. Das „grüne Gold“ soll die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Erdöl oder Erdgas verringern, CO<sub>2</sub>-Einsparungen bringen und neue Absatzmöglichkeiten für die Landwirtschaft, sowohl im globalen Norden als auch im Süden, schaffen. Zahlreiche Beimischungsverpflichtungen, allen voran in der EU, kurbeln die Nachfrage auf den internationalen Märkten an, während die sozialen und ökologischen Folgen dieser Politik - vor allem in den Entwicklungsländern - ausgeblendet werden.

VON MELANIE PICHLER\*

Im globalen Maßstab gehen die Anfänge der Agrartreibstoffproduktion bis in die 1970er Jahre zurück. Nach dem ersten Ölpreisschock 1973/74 konzentrierte sich vor allem Brasilien auf die Produktion von Agrarethanol aus Zuckerrohr. Es verringerte somit erfolgreich die Abhängigkeit von teuren Erdölimporten und schuf gleichzeitig lukrative Einsatzmöglichkeiten für das billige Zuckerrohr. Mit dem Verfall der Rohölpreise Ende der 1980er Jahre wurde es allerdings still um das „grüne Gold“ und erst im neuen Millennium erlebte der Treibstoff aus Pflanzen unter den Vorzeichen des Klimawandels und der Notwendigkeit von massiven CO<sub>2</sub>-Einsparungen eine Renaissance.

## UNERHÖRTE KRITIK

Während Brasilien neben den USA zum weltgrößten Produzenten von Agrarethanol aufstieg, konnte sich die EU als wichtiger Agrardieselproduzent etablieren. Trotzdem blieb die Produktion von Agrartreibstoffen ohne politische Förderungen wenig profitabel, weshalb in vielen Ländern umfangreiche Subventionen sowie Beimischungsverpflichtungen eingeführt wurden. Die EU nahm in diesem Bereich mit dem Beimischungsziel von 5,75 Prozent in der EU-Bio-Kraftstoffrichtlinie 2003 eine Vorreiterrolle ein. Bereits zu dieser Zeit wurde massive Kritik von Seiten der Wissenschaft sowie von Umwelt-, Menschenrechts- und entwicklungspolitischen Organisationen geäußert, die auf die massiven ökologischen



## ZUSAMMENFASSUNG:

Während die EU weiterhin auf die verpflichtende Beimischung von Agrartreibstoffen im Transportbereich setzt, nehmen die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieses Booms weltweit dramatische Ausmaße an. Durch den höheren Bedarf an fruchtbarem Land kommt es zu Regenwaldrodungen, Vertreibungen von Kleinbauern und -bäuerinnen und Indigenen sowie zu massiven Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Die EU und Österreich sind mitverantwortlich, da sowohl Rohstoffe als auch verarbeiteter Agrardiesel und -ethanol zum Großteil importiert werden, unter anderem aus Brasilien, Indonesien, Malaysia oder Mozambique.

und sozialen Auswirkungen des globalen Agrartreibstoffbooms hinwiesen. Trotzdem wurde 2009 mit der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien eine verpflichtende Beimischung von zehn Prozent festgeschrieben. Tatsache ist, dass dieses Ziel ohne massive Importe aus dem Ausland nicht erreicht werden kann und die europäische Agrartreibstoffpolitik massive globale Auswirkungen, vor allem auf Länder des Südens, hat. Während sich bei Agrarethanol die Handelsbeziehungen auf Brasilien konzentrieren, das mit 50 Prozent des am Weltmarkt gehandelten Ethanols bei weitem der größte Exporteur ist, bieten sich bei Agrardiesel Malaysia

und Indonesien als Lieferanten an. Die beiden südostasiatischen Länder produzieren 85 Prozent des weltweiten Palmöls, das derzeit als billigster Rohstoff für die Produktion von Agrardiesel gilt. Auch andere Länder setzen zunehmend auf die Produktion von Agrartreibstoffen bzw. deren Rohstoffen: Mozambique, Kolumbien, Indien, China sowie zahlreiche zentralamerikanische Länder sind nur einige davon.

Aufgrund der rasanten Expansion werden auch die sozialen und ökologischen Folgen des Booms immer offensichtlicher. Zentraler Kritikpunkt ist der mehr als zweifelhafte Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und damit zur Errei-

\* Mag.<sup>a</sup> Melanie Pichler ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsvorsitzende von FIAN Österreich, Food First Informations- und Aktionsnetzwerk [www.fian.at](http://www.fian.at)

## Agrartreibstoffklima

Werden Landnutzungsveränderungen - z.B. durch die Abholzung von Regenwald - in die Berechnungen einbezogen, gilt Indonesien nach China und den USA als drittgrößter CO<sub>2</sub>-Emitent. <http://www.greenpeace.at>



## EU-Politik

Melanie Pichler: Neue Allianzen in der Umwelt- und Energiepolitik. Die Politik der EU in Bezug auf Agrartreibstoffe und ihre Auswirkungen in Indonesien. <http://othes.univie.ac.at/5316>



**Agrardiesel:  
Weder ökologisch  
noch biologisch.**

chung der Klimaziele. Aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach produktivem Land für den Anbau von Energiepflanzen wird in verstärktem Ausmaß Regenwald gerodet, vor allem in Indonesien und Brasilien. Laut Greenpeace hält Indonesien den Negativrekord der höchsten jährlichen Abholzungsrate: zwischen 2000 und 2005 wurden 1,8 Millionen Hektar Wald in landwirtschaftliche Fläche umgewandelt. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die Rodung von Torfwäldern, so genannten peat swamp forests. Die Torfböden sind bedeutende Kohlenstoffspeicher und setzen im Fall von Rodungen enorme Mengen an CO<sub>2</sub> frei. Und die Expansion geht weiter. Während sich in Indonesien bereits zwischen 2001 und 2009 die Produktion von Palmöl von acht auf 18 Millionen Tonnen mehr als verdoppelt hat, soll bis 2020 die Erzeugung von Rohpalmöl auf 30 Millionen Tonnen angehoben werden – hauptsächlich für den Export.

Ebenso problematisch sind in vielen Fällen die Auswirkungen für die lokale Landwirtschaft und die Nahrungsmittelversorgung. Energiepflanzen für Agrartreibstoffe werden in großflächigen Monokulturen gepflanzt, kleinbäuerliche Strukturen sowie kollektive landwirtschaftliche Anbaumethoden werden dadurch systematisch zurückgedrängt. Für die globale Ernährungssituation hat das dramatische Auswirkungen. Zahlreiche Studien bestätigen, dass vor allem der Zugang zu Land und anderen produktiven Ressourcen (Wasser, Saatgut etc.) wesentlich zur Durchsetzung des Menschenrechts

auf Nahrung und damit dem physischen und wirtschaftlichen Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln beiträgt. Großflächige Monokulturen für Energiepflanzen gefährden diesen Zugang akut und haben in vielen Fällen zu Vertreibungen von Kleinbauern und -

bäuerinnen und indigenen Gemeinschaften geführt. Dass monokultureller Rohstoffanbau nur wenig mit ländlicher Entwicklung bzw. der Durchsetzung von Ernährungssicherheit zu tun hat, zeigt auch ein Beispiel des ehemaligen UN-Sonderberichtser- →

**„ WEGEN DER AGRARTREIBSTOFFPRODUKTION STIEG WELTWEIT 2009 DIE ZAHL DER HUNGERNDEN MENSCHEN SPRUNGHAFT AUF 1,2 MILLIARDEN.**

#### AGRARTREIBSTOFFE

## WEDER BIOLOGISCH NOCH NACHHALTIG

Während Biotreibstoffe noch immer die gängige Praxis für die Bezeichnung von flüssigen Kraftstoffen aus Nahrungsmitteln sind, verwenden viele ExpertInnen den Terminus Agrartreibstoffe, um auf die großindustrielle und monokulturelle Produktion dieser Treibstoffe hinzuweisen. Lokale und subsistente Formen der Energienutzung aus Pflanzen bzw. Biomasse (Holz, Dung ...) sind damit nicht gemeint. Zudem steht „bio“ - vor allem in Österreich - für ökologischen Landbau und ist eindeutig positiv besetzt. Die derzeitige



Produktion und Nutzung von Agrartreibstoffen hat mit dieser Form der Landwirtschaft nichts zu tun, weshalb der Terminus Biotreibstoffe irreführend ist.

100 HEKTAR KLEINBÄUERLICH BEWIRTSCHAFTETES LAND SCHAFFT 35 ARBEITSPLÄTZE, BEI AGRARINDUSTRIELLER PRODUKTION SIND ES NUR ZEHN.



### HINTERGRUND

## WAS SIND AGRARTREIBSTOFFE?

Agrartreibstoffe werden aus Nahrungsmitteln oder Futterpflanzen hergestellt und können in zwei Kategorien unterteilt werden. Agardiesel wird aus Ölpflanzen (Raps, Palmöl, Soja, Jatropha ...) durch Veresterung hergestellt und dient als Substitut für fossile Dieselmotorkraftstoffe. Agrarethanol wird aus zucker- oder stärkehaltigen Pflanzen (Zuckerrohr, Mais, Weizen, Zuckerrübe, Cassava ...) durch alkoholische Gärung produziert und als Ersatz für Benzin eingesetzt. Neben dieser so genannten 1. Generation an Agrartreibstoffen liegt viel Hoffnung in der 2. Generation, die aus Lignozellulose, d.h. aus holzartiger Biomasse hergestellt werden kann. Holzabfälle, Stroh oder Hackschnitzel könnten dadurch für die Produktion von Treibstoff verwendet werden. Derzeit ist diese Alternative allerdings nicht kommerziell verfügbar und die Beimischungsverpflichtung muss durch die 1. Generation erfüllt werden.

### Soziale Auswirkungen

Mehr Informationen zu den sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen der Agrartreibstoffproduktion in Brasilien und Indonesien unter: [www.fian.org](http://www.fian.org)  
[www.internal-displacement.org](http://www.internal-displacement.org)

### Ländliche Entwicklung

Monokultureller Rohstoffanbau hat nur wenig mit ländlicher Entwicklung bzw. der Durchsetzung von Ernährungssicherheit zu tun. Jean Ziegler: [www.righttofood.org/new/PDF/A58330.pdf](http://www.righttofood.org/new/PDF/A58330.pdf)  
[www.brotimtank.org](http://www.brotimtank.org)

statters für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler: Während 100 Hektar Land, die im bäuerlichen Kleinbetrieb bewirtschaftet werden, mindestens 35 Arbeitsplätze schaffen, sind es bei der gleichen Fläche agrarindustrieller Produktion – etwa bei Palmöl und Zuckerrohr – nur zehn, bei Soja gar nur ein halber Arbeitsplatz.

### HUNGER DURCH AGROSPRIT

Nicht zuletzt die massiven Preissteigerungen von Nahrungsmitteln haben das globale Hungerproblem verschärft und müssen mit der Nutzung von Lebensmitteln für die Kraftstoffherzeugung in Verbindung gebracht werden. Laut Weltbankberichten stieg der Preis für Weizen zwischen 2001 und 2008 um 200 Prozent, der für Mais verdoppelte sich zwischen 2005 und 2008. Mindestens 75 Prozent dieser Preissteigerungen sollen auf das Konto der Agrartreibstoffe gehen. Arme Bevölkerungsschichten in vielen Ländern des Südens wenden die Hälfte bis vier Fünftel ihres Einkommens für Nahrungsmittel auf. Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel wie Weizen oder Mais von 100 bis 200 Prozent haben dramatische Auswirkungen und zu Hungerrevolten in Mexiko, Bangladesch oder Haiti geführt. Agrartreibstoffe sind damit wesentlich mitverantwortlich, dass die Zahl der Hungernden 2009 weltweit sprunghaft auf 1,2 Milliarden Menschen anstieg.

### WURZEL DES PROBLEMS

Trotz bekannter negativer Auswirkungen wird an den Beimischungsverpflichtungen, sowohl in der EU als auch in anderen Ländern der Welt, festgehalten. Zwar sind in der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien Nachhaltigkeitskriterien festgelegt und eine Zertifizierung für Agrartreibstoffe wird diskutiert. Wie allerdings ökologische und vor allem soziale Auswirkungen wie die Vertreibung von Menschen oder die Verdrängung von kleinbäuerlichen Strukturen in der Praxis berechnet und überprüft werden sollen, ist derzeit weiterhin fraglich. Ein Aktivist von Friends of the Earth Indonesia bringt die Problematik der Zertifizierung in einer Presseaussendung auf den Punkt: „Wird Palmöl als nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Produkt zertifiziert, fühlen sich KonsumentInnen gut, was wiederum zu höherem Konsum führt. Genau hier liegt allerdings die Wurzel des Problems.“ ■

### Spekulation und Hunger

Laut FAO, der Landwirtschaftsorganisation der UNO ist Hunger keine Folge von schlechten Ernten, sondern von hohen Nahrungsmittelpreisen, niedrigen Einkommen und steigender Arbeitslosigkeit der armen Bevölkerung. [www.fao.org](http://www.fao.org)



# FREI GEHANDELTEN HUNGER

→ Global gesehen wird derzeit genug an Lebensmitteln erzeugt, um alle Menschen ernähren zu können. Mit der Explosion der Lebensmittelpreise 2007, und der damit einhergehenden Verschärfung der bestehenden Hungerkrise im globalen Süden, wurde einmal mehr – auch von der EU – die weitere Liberalisierung des Agrarhandels als Lösung propagiert. Aber würde noch mehr Freihandel tatsächlich die globale Ernte gerechter verteilen?

VON ALEXANDRA STRICKNER\*

**E**in Festhalten an der gegenwärtigen Welthandelsordnung, die nach dem neoliberalen Freihandelsdogma organisiert ist oder sogar die weitere Liberalisierung des Agrarhandels wie u.a. im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO vorgeschlagen, bedeutet eine Vertiefung der Hungerkrise. Warum?

Dreißig Jahre Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik in der Landwirtschaft und der damit verbundenen massiven Ausweitung des Freihandelssystems haben Hunger und Armut v. a. im globalen Süden verschärft. Mit ihren Strukturanpassungsprogrammen zwangen IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank Entwicklungsländer in den 1980er Jahren, ihre Land-

wirtschaft auf exportfähige Produkte umzustellen, um damit die notwendigen Devisen zur Begleichung der hohen Auslandsschulden zu erwirtschaften. Es wurden Freihandelszonen und Steuererleichterungen für ausländische Direktinvestitionen geschaffen und zugleich die Zölle für ausländische Lebensmittelimporte massiv gesenkt. Staatliche Förderprogramme (etwa günstige Kredite für den Kauf von Saatgut oder Dünger) und öffentliche Institutionen (z.B. staatliche Vermarktungsorganisationen), welche Kleinbauern und -bäuerinnen in der Erhöhung ihrer Produktivität unterstützt haben, wurden abgeschafft. Auch Preiskontrollen, die sicherstellten, dass die lokale Bevölkerung Zugang zu leistbaren Lebensmitteln hat,

wurden ad acta gelegt. Doch Kleinbauern und -bäuerinnen machen damals wie heute den Großteil der Bevölkerung und v.a. auch der Armen im globalen Süden aus.

## VERHEERENDE FOLGEN

Die Konsequenz dieser Politikmaßnahmen: die Ausweitung einer monokulturellen, meist agroindustriellen Produktion für den Export, die Zerstörung bzw. Verschmutzung der Naturressourcen, eine enorme Konzentration der Märkte, die Verstärkung der Landflucht und die Zunahme von Armen in städtischen Slums und folglich die Verringerung der Kapazitäten für eine eigenständige Versorgung mit Lebensmitteln. Die Politik von IWF und Weltbank haben die Grundla-

→

### ZUSAMMENFASSUNG:

Eine Welthandelsordnung, die einen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung von Lebensmitteln leistet, muss den höchstmöglichen Grad der eigenständigen Versorgung eines Landes oder einer kontinentalen Region mit Lebensmitteln ermöglichen und sicherstellen sowie den globalen Handel mit Agrargütern auf der Basis der Prinzipien der Kooperation und Komplementarität organisieren.



ge für eine zunehmende Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gelegt. Diese wurde in den letzten drei Jahrzehnten durch eine aggressive Exportpolitik v. a. seitens der USA und der EU verschärft. Beide Regionen erzeugen aufgrund ihrer geografischen und klimatischen Grundlagen sowie den vorhandenen Produktionsmitteln weitaus mehr Lebensmittel als für die Versorgung ihrer Bevölkerung notwendig ist. Ihre Überschüsse exportieren sie unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten – eine Praxis, die als Dumping bezeichnet wird. Anstatt mit politischen Steuerungsinstrumenten die Produktionsmengen zu kontrollieren und damit auch den Druck für den Export der Überschuss-

produktion zu minimieren, haben die politisch Verantwortlichen in den USA bzw. der EU die Öffnung der Märkte des globalen Südens und deren institutionelle Verankerung im Rahmen von sowohl multilateralen (Agrarabkommen der WTO) als auch bilateralen Freihandelsabkommen vorangetrieben. Produktionssteuernde Maßnahmen in ihren Agrarpolitiken haben sie dagegen schrittweise abgeschafft.

Die Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind eindeutig: zwei Drittel der Entwicklungsländer, welche in den 1980er Jahren noch Nettolebensmittelexporteur waren, sind heute Nettoimporteure von Lebens-

mitteln. Innerhalb der am wenigsten entwickelten Länder ist dieser Anteil noch viel höher.

Die Gewinner dieser Welthandelsordnung: eine Handvoll von global agierenden Konzernen wie u.a. Monsanto oder DuPont, Syngenta, Cargill, Nestlé oder Supermarktketten wie Wal Mart, Carrefour und Tesco, deren Profite seit Jahren enorm steigen. Viele dieser Konzerne sind in den USA und in der EU angesiedelt und betreiben seit Jahren erfolgreich massives Lobbying für diese Deregulierungspolitik.

Die Frage nach der notwendigen Welthandelsordnung für eine gerechtere Verteilung der globalen Ernte kann nur gemeinsam mit der Frage nach einem zukünftigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem beantwortet werden. Denn angesichts der Hungerkrise, aber auch der Klima- und Energiekrise stehen wir vor der Frage, wie wir jetzt und zukünftig die Ernährung der Menschen sicherstellen können. Das gegenwärtige stark industrialisierte und zunehmend globalisierte Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem hat dabei keine Zukunft.

### TRANSFORMATION NOTWENDIG

Der Weltagrarbericht von 2008 hält dies ausdrücklich fest und benennt die Notwendigkeit der Transformation dieses Systems: weg von seiner Abhängigkeit von Erdöl und den industrialisierten Produktionsformen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf Boden, Wasser und Biodiversität hin zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft. So eine Landwirtschaft kann genügend gesunde, qualitative und leistbare Lebensmittel für alle Menschen dieser Erde erzeugen. Sie ist im wesentlichen kleinräumig strukturiert und in ihr haben die landwirtschaftlichen ProduzentInnen und KonsumentInnen wieder mehr Kontrolle.

Zentraler Eckpfeiler eines zukünftigen, sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystems ist die Förderung des größtmöglichen Grades an eigenständiger Versorgung mit Lebensmitteln eines Landes bzw. einer kontinentalen Region, z.B. Lateinamerika oder Europa. Das heißt zum einen, dass vorhandene landwirtschaftliche Nutzflächen zuerst für die Produktion von Lebensmitteln zur Versorgung der Menschen, die dort leben, verwendet werden. Zum anderen muss der globale Handel,



### HINTERGRUND

## DOHA ENTWICKLUNGSRUNDE

Im November 2001 beschlossen die Wirtschaftsminister der Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO bei ihrer Ministerkonferenz in Doha, Qatar, eine Verhandlungsrunde über die weitere Liberalisierung des Welthandels zu eröffnen. Um die Zustimmung der Entwicklungsländer zu erhalten, wurden die Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum gestellt – daher der Name WTO Doha Entwicklungsrunde. Ziel der Runde war es, bis 2005 einen weiteren Abbau von Zöllen für Agrar- und Industriegüter sowie die Ausweitung der Liberalisierungszugeständnisse im Dienstleistungssektor zu beschließen. Die Verhandlungen im Bereich des Agrarabkommens sollten dazu dienen, entwicklungspolitisch bedenkliche Elemente, die durch das Agrarabkommen legitimiert waren (z.B. Exportförderungen), abzuschaffen bzw. einzuschränken. Die Verhandlungen stecken seit Jahren fest, da die Industrieländer einmal mehr ein Verhandlungsergebnis anstreben, welches v. a. die Exportinteressen ihrer Unternehmen bedient.

\* Mag.<sup>a</sup> Alexandra Strickner ist Volkswirtin, Koordinatorin der Allianz „Wege aus der Krise“ und Obfrau von Attac Österreich.  
[www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)  
[www.attac.at](http://www.attac.at)

### Agrarpolitik

Mehr Informationen über die Reformen der US- und EU-Agrarpolitiken der letzten Jahre finden sich auf: [www.agpolicy.org](http://www.agpolicy.org)  
[www.europeanfooddeclaration.org/documents](http://www.europeanfooddeclaration.org/documents)

### GRAIN

Genetic Resources Action International (GRAIN) ist eine internationale NGO, die sich für die Erhaltung des Kleinbauerssektors, v.a. in Entwicklungsländern einsetzt und soziale Bewegungen unterstützt. [www.grain.org/atg/](http://www.grain.org/atg/)

v.a. von Grundnahrungsmitteln, so organisiert bzw. strukturiert sein, dass lokale Produktionsstrukturen, die die eigenständige Versorgung mit diesen Lebensmitteln sicherstellen und damit auch viele Arbeitsplätze bedeuten, nicht zerstört werden. Globaler Agrarhandel muss also komplementär erfolgen.

### MASSNAHMEN

Instrumente wie Importzölle oder Importquoten, aber auch die Beschränkung z. B. des Exportes von Lebensmitteln sind daher notwendige Instrumente, um dieses Ziel sicherzustellen. Ein Beispiel: im westlichen Afrika ist es möglich, ausreichend Geflügel für den lokalen Bedarf zu erzeugen und damit die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Bis vor wenigen Jahren wurden rund 80 Prozent des lokalen Bedarfs vor Ort erzeugt und so Arbeitsplätze und Einkommen vieler Menschen gesichert. Durch billige Geflügelimporte aus der EU und der Unmöglichkeit, seitens der Regierungen entsprechende Importzölle darauf einzuheben (u.a. auch deshalb, weil die EU diesen Ländern im Falle des Anhebens die Kürzung von Entwicklungshilfegeldern androhte), werden heute nur mehr fünf Prozent des Bedarfs vor Ort produziert. Eine Welthandelsordnung, die lokale Produktionsstrukturen erhält, würde sicherstellen, dass lediglich die fehlenden 20 Prozent des Bedarfs importiert werden.

Der Schutz der Eigenversorgungsmöglichkeiten eines Landes bzw. einer Region vor gedumpten Importwaren mittels Importzöllen oder andere Maßnahmen hat also nichts mit Protektionismus oder Abschottung zu tun. Es geht vielmehr um die Sicherstellung eines höchstmöglichen Grades an eigenständiger Ernährungssicherheit und einer möglichst geringen Abhängigkeit von Weltmärkten, auf denen Preise enorm schwanken und entweder zu geringe Einkommen für Bauern und Bäuerinnen oder zu hohe Lebensmittelpreise für KonsumentInnen bedeuten.

Jene Länder, welche aufgrund ihrer Möglichkeiten strukturell mehr Lebensmittel als für den eigenen Bedarf notwendig erzeugen können, verzichten bewusst darauf, mittels ihrer Agrarpolitiken strukturelle Überproduktion zu fördern. Es geht darum, den Exportdruck zu vermeiden. Sie produzieren lediglich so viel mehr an Grundnahrungsmitteln, um den Lebensmittelbedarf jener Länder und Regionen sicherzustellen, die →

### Weltagrarbericht

Der Weltagrarbericht ist eine Analyse der aktuellen Situation des Lebensmittel- und Landwirtschaftssystems und der Herausforderungen der Zukunft. [www.weltagrarbericht.de](http://www.weltagrarbericht.de)



WTO

## AGRARABKOMMEN

Das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation WTO ist seit 1995 in Kraft. Es schreibt die maximale Höhe von Subventionszahlungen für landwirtschaftliche Produktion, landwirtschaftliche Exporte und Importzölle fest. Es wurde mit dem Ziel abgeschlossen, die Dumpingpraxis (das ist der Verkauf von Produkten unterhalb ihrer tatsächlichen Produktionskosten) der USA und der EU zu beenden und die Exportmöglichkeiten für Entwicklungsländer durch die Senkung der Importzölle für agrarische Produkte zu verbessern. Tatsächlich hat das Agrarabkommen (konzipiert von den zwei US-Konzernen Cargill und Archer Daniels Midland/ADM) die Profitmöglichkeiten von Agrokonzernen enorm erhöht. Niedrigere Importzölle für Entwicklungsländer haben deren kleinbäuerliche Landwirtschaft und Eigenversorgungskapazitäten weiter zerstört und die Industrialisierung der Landwirtschaft global vorangetrieben. Die Dumpingpraxis wurde mit der Begrenzung und Festschreibung des Subventionsvolumens nicht abgeschafft, da im Rahmen des WTO Abkommens Dumping nur dann besteht, wenn ein landwirtschaftliches Produkt am Weltmarkt unterhalb des Verkaufspreises des Entstehungslandes vertrieben wird. In der Folge haben die USA und die EU ihre Agrarpolitiken WTO-kompatibel umgestaltet. Produktionsbedingte Subventionszahlungen wurden durch Direktzahlungen ersetzt (siehe u. a. die Reformen der EU-Agrarpolitik seit 1992). Das erlaubt es, dass die Preise, die landwirtschaftliche ProduzentInnen von den Lebensmittelkonzernen oder Supermärkten in der EU bzw. den USA erhalten, unterhalb die Produktionskosten sinken können, da der Einkommensausfall mit Direktzahlungen kompensiert wird. EU-Agrarexporte können somit langfristig ohne direkte Exportsubventionen erfolgen, ohne dabei laut WTO-Definition Dumping zu erzeugen. Direktzahlungen sind somit indirekte Exportsubventionen, die aber laut Agrarabkommen zugelassen sind. Die WTO Doha Entwicklungsrunde zur weiteren Liberalisierung des globalen Handels würde an der grundlegenden Struktur nichts ändern, sondern lediglich maximal zulässige Zollhöhen und Subventionszahlungen weiter beschränken und die bereits negativen Auswirkungen weiter verschärfen.

[www.wto.org](http://www.wto.org)

“ DER UNCTAD-CODE ÜBER RESTRIKTIVE UNTERNEHMENSPRAKTIKEN KÖNNTE BASIS FÜR NEUE GLOBALE WETTBEWERBSREGELN SEIN.



### Keine Chicken schicken

Wie Hühnerfleisch aus Europa Kleinbauern in Westafrika ruiniert und eine starke Bürgerbewegung in Kamerun sich erfolgreich wehrt.

[http://www.eed.de//fix/files/doc/eed\\_chicken\\_07\\_deu.pdf](http://www.eed.de//fix/files/doc/eed_chicken_07_deu.pdf)



Hans Weiss

## REICHE ERNTEN

Die Landwirtschaft hat gerade Erntezeit. Doch nicht Weizen- Wein- oder Rübenertrag stehen zur Diskussion, sondern die jährlich 2,3 Milliarden Euro Agrarförderungen. Sehr ertragreich für einige wenige. Ob das so sein oder bleiben muss, darüber sprach Wilfried Leisch mit dem Autor von „Schwarzbuch Landwirtschaft“, Dr. Hans Weiss.

### Wem kommen die Förderungen zugute?

**Weiss:** Nur etwa 20 Prozent des gesamten Förderkuchens geht an die viel beschworenen kleinen Bauern, die restlichen 80 Prozent erhalten hauptsächlich Reiche und Superreiche wie Julius Meinl, Großbauern, Raiffeisenbetriebe, Nahrungsmittelfirmen, multinationale Konzerne wie Kraft Foods (Milka-Schokoladen) und Agrarfunktionäre des ÖVP-Bauernbundes.

### Wer sind die größten Nutznießer?

**Weiss:** Diejenigen, die es ganz und gar nicht notwendig haben. Etwa Fürst Liechtenstein 1,6 Millionen Euro, der Papierindustrielle und „Nebenerwerbslandwirt“ Alfred Heinzl 415.000 Euro. Eine der offiziellen Begründungen: Damit soll „ein stabiles Einkommen gewährleistet werden.“

### Welche Steuervorteile haben die Bauern?

**Weiss:** Bauern müssen nicht ihr reales Einkommen versteuern, sondern nur ein fiktives, das extrem niedrig angesetzt ist und seit 1988 unverändert geblieben ist – das ist der so genannte Einheitswert. Dieses Privileg führt dazu, dass 97 Prozent aller Bauern keine Einkommensteuer zahlen müssen – egal, wie viel sie tatsächlich verdienen. Sie müssen lediglich eine minimale Grundsteuer entrichten. Im Durchschnitt sind das pro Bauer etwa 150 Euro im Jahr. Weil der Einheitswert auch die Basis zur Berechnung aller weiteren Abgaben ist, müssen fast alle Bauern nur minimale Beiträge zur Krankenkasse und zur Pensionsversicherung zahlen – in der Regel sind das insgesamt etwa 4.000 Euro im Jahr. Weil so wenig in die Pensionsversicherung eingezahlt wird, muss der Staat jährlich noch einmal 1,7 Milliar-

den Euro für die Bauern-Pensionen zuschießen. Ein weiterer Steuervorteil ist das Familiensplitting: Bei verheirateten Bauern kann das fiktive Einkommen zwischen Mann und Frau geteilt werden und die Steuer wird erst nach diesem „Splitting“ berechnet.

### Würden ohne Agrarsubventionen Lebensmittel teurer?

**Weiss:** Das glaube ich nicht. Da wo besonders hoch gefördert wird, sind die Preise auch besonders hoch – zum Beispiel beim Zucker.

### Welche Rolle spielt die Politik?

**Weiss:** Ein zentrales Problem besteht darin, dass diejenigen, die über die Regeln zur Vergabe von Förderungen bestimmen – das sind zu fast 100 Prozent ÖVP-Bauernbundmitglieder –, selbst in hohem Ausmaß von diesen Förderungen profitieren. Bis jetzt hat der ÖVP-Bauernbund als quasi Alleinherrscher im Landwirtschaftsbereich bestimmt, was läuft. Alle anderen Parteien hatten hier nichts zu melden.

### Wie soll ein künftiges Förder-system aussehen?

**Weiss:** Man sollte alle regelmäßigen Förderungen nach oben begrenzen – beispielsweise auf 25.000 Euro im Jahr. Privatstiftungen sollten überhaupt keine Förderungen erhalten. Generell: Große Betriebe sollten weniger kriegen und kleine mehr. Derzeit erhalten kleine Bauern pro Hektar 448 Euro, große 544 Euro Förderung. Das steht in krassem Widerspruch zu den Behauptungen der Agrarfunktionäre und -politiker, dass die Förderungen in erster Linie den kleinen Bauern zugute kommen und dazu dienen, die kleinteilige Landwirtschaft aufrechtzuerhalten.

aufgrund ihrer geografischen und klimatischen Bedingungen die eigenständige Versorgung nicht garantieren können.

### NEUE ORDNUNG

Eine zukunftsfähige Welthandelsordnung, in deren Zentrum die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln, Preisstabilität für KonsumentInnen und ProduzentInnen und auch die langfristige Erhaltung der Naturressourcen steht, braucht auch ausreichend öffentliche Getreidelager um allfälligen Ernteausfällen bzw. auch -überschüssen zu begegnen. Dadurch können u.a. Preisschwankungen minimiert und die Versorgung der Bevölkerung in Regionen, welche durch saisonale Ernteausfälle zu wenig an Lebensmitteln haben, sichergestellt werden. In dieser neuen Ordnung sind auch Patente auf Pflanzen und Tiere verboten. Stattdessen gibt es eine globale öffentliche Saatgut- und Gendatenbank, mit dem Ziel, die vorhandene Biodiversität zu erhalten und zu vergrößern. Und es gibt auch verbindliche Regeln, die die Markt- und politische Macht einiger weniger transnationaler Unternehmen, die heute große Teile des globalen Agrar- und Lebensmittelsystems inklusive des Agrarhandels kontrollieren, einschränken. Der in den 1980er Jahren entwickelte Code über restriktive Unternehmenspraktiken der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) könnte ein Ausgangspunkt für solche globale Wettbewerbsregeln sein.

### COMEBACK DER SORTENVIELFALT

Was würden diese Veränderungen für uns im globalen Norden bedeuten? Ein Großteil dessen, was wir essen, wird in der EU erzeugt werden. Wir werden weniger Fleisch, Fisch und tropische Früchte essen. Das jahreszeitlose Angebot von Gemüse und Obst (z.B. Spargel im Winter) in unseren Supermärkten würde zurückgehen, da Land und Meer im globalen Süden zuerst zur Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Menschen dort genutzt wird, anstatt für Futtermittel zur Herstellung von billigem Fleisch oder Fischkonserven für uns. Die Notwendigkeit der ökologischen Nachhaltigkeit und das Recht zukünftiger Generationen auf Ernährungssicherheit erfordert, der Übernutzung der natürlichen Ressourcen im globalen Süden ein Ende zu setzen. Ein weiterer Grund, warum der globale Handel mit Lebensmitteln v.a. von Süden nach Norden geringer werden muss. Ein Mehr an lokaler Sortenvielfalt wird unseren Speiseplan weiterhin abwechslungsreich machen. Der Handel von Lebensmitteln wird sich stärker lokalisieren und innerhalb von kontinentalen Regionen stattfinden. ■